



Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55022 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3720
Mail: Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

16. Mai 2017

Mein Aktenzeichen 001	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Anne Vogelsberger Anne.Vogelsberger@mdi.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-3803 06131 16-173803
--------------------------	-------------------	---	---

Sitzung des Innenausschusses am 9. Mai 2017

TOP 6: Schließung von Stationen der Wasserschutzpolizei in Rheinland-Pfalz
Vorlage 17/1292
und

TOP 8: Einrichtung eines Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik, Technik (PPELT)
Verfahrensstand und weitere Schritte
Vorlage 17/1305

Sehr geehrter Herr Präsident, *liebe Herrschaft,*

in der Anlage übersende ich Ihnen den Sprechvermerk zu Top 6 "Schließung von Stationen der Wasserschutzpolizei in Rheinland-Pfalz" und zu Top 8 "Einrichtung eines Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik, Technik (PPELT): Verfahrensstand und weitere Schritte" der Sitzung des Innenausschusses am 9. Mai 2017.

1/2

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

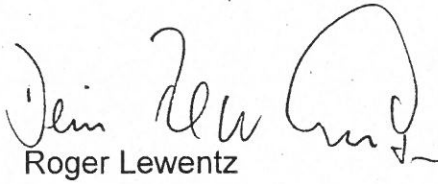
Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker



Ich bitte Sie, den beigefügten Sprechvermerk sowie die ebenfalls beigefügte Power-Point-Präsentation den Mitgliedern des Ausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Roger Lewentz

Anlage

Sprechvermerk

Sitzung des Innenausschusses am 09.05.2017

TOP 6: Schließung von Stationen der Wasserschutzpolizei in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT
Vorlage 17/1292

TOP 8: Einrichtung eines Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik und Technik (PP ELT): Verfahrensstand und weitere Schritte

Antrag der Landesregierung nach § 76 Abs. 4 der Vorl. GOLT
Vorlage 17/1305

Die Planungs- und Abstimmungsphase des Projekts Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik (PP ELT) ist abgeschlossen.

Am 02.05.2017 hat der Ministerrat den Entwurf des Artikelgesetzes zum PP ELT im Grundsatz gebilligt. In einem nächsten Schritt erfolgt die Einleitung des Beteiligungs- und Anhörungsverfahrens. Damit nähern wir uns der Umsetzung des Vorhabens aus dem Koalitionsvertrag.

Die vorgesehene Verbesserung der Struktur der rheinland-pfälzischen Polizei soll mit der Zusammenlegung der Bereitschaftspolizei, des Wasserschutzpolizeiamtes und der Zentralstelle für Polizeitechnik zu einem Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik umgesetzt werden. Die drei bisher eigenständigen Behörden werden im PP ELT zusammengeführt. Ihre Zuständigkeiten und Aufgaben gehen im Kern auf dieses über. Als landesweit zuständiges Polizeipräsidium soll das PP ELT für alle anderen (Flächen-) Polizeipräsidien u.a. einsatzunterstützend tätig sein.

Der Blick auf die Gesamtorganisation soll die Gliederung in sechs Abteilungen darstellen, auf die ich jetzt näher eingehen werde.

Die Aufgaben der Bereitschaftspolizei werden künftig in der „**Abteilung Bereitschaftspolizei**“ mit vier Einsatzhundertschaften und einer Beweissicherung- und Festnahmehundertschaft des PP ELT wahrgenommen. Bisher unterstützte die Bereitschaftspolizei die Polizeipräsidien auch durch Kräftegestellungen zur Wahrnehmung von Objektschutzmaßnahmen und als Personalsatz für elternzeitbedingte Ausfälle. Diese Aufgaben werden künftig durch die regionalen Polizeipräsidien selbstständig wahrgenommen. Hierfür wurden ihnen zum Mai 2017 die erforderlichen Personalstellen übertragen.

Die bisherige Verfahrensweise der Bereitschaftspolizei zur Unterstützung des polizeilichen Einzeldienstes durch wiederkehrende zweimonatige Abordnungen entfällt; die Versetzungen des entsprechenden Personals zu den regionalen Polizeipräsidien erfolgten ebenfalls zum Mai 2017.

Eine personelle Verstärkung der regionalen Polizeipräsidien – insbesondere des Wechselschichtdienstes – erfolgt darüber hinaus durch die Zuweisung weiterer freigesetzter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Eine optimierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der Abteilung „Bereitschaftspolizei“ und die damit einhergehende Konzentration auf bereit-schaftspolizeiliche Kernaufgaben führen zu einer effizienteren Einsatzunterstützung der anderen Polizeibehörden sowie der Polizeien benachbarter Bundesländer.

Die Zusammenlegung von MEK, SEK und den Fahndungseinheiten der Polizeipräsidien (K 16) wurde planungsgemäß zum Oktober 2016 umgesetzt. In einer eigenständigen „**Abteilung Spezialeinheiten**“ sind die Kräfte und Einsatzmittel gebündelt. Vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohungslage entstehen leistungsstärkere Einheiten; die schnelle landesweite Verfügbarkeit wird dadurch ebenso gewährleistet wie eine zentrale Koordination der Spezialkräfte.

In der „**Abteilung Beschaffung / Verwaltung**“ sollen künftig die Verwaltungsaufgaben für das gesamte PP ELT zentral wahrgenommen werden. Parallele Verwaltungstätigkeiten sowie Überschneidungen im administrativen Bereich werden hierdurch reduziert. Zudem wird es in dieser Abteilung einen eigenen Strang für die Beschaffungen polizeilicher Spezialbedarfe geben.

Künftig werden die bisherigen Aufgaben der Zentralstelle für Polizeitechnik ebenso wie die technischen Aufgaben der Bereitschaftspolizei in der „**Abteilung Zentrale Technik**“ wahrgenommen. Auch das polizeiliche Werkstattwesen wird hier eingegliedert. Durch die Bündelung des technischen Fachverständes unter einem Dach werden auch hier Synergien geschaffen.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung einer **zentralen Stelle für Polizeigesundheit** wird als eigenständige Abteilung im „PP ELT“ abgebildet. Eine wesentliche Kernaufgabe der neuen Abteilung liegt in der Koordination und Vernetzung ganzheitlicher Maßnahmen im Gesundheitswesen innerhalb der rheinland-pfälzischen Polizei (Arbeitssicherheit, Krisenintervention, Sozialberatung, Präventions- und Polizeisport).

Innerhalb der rheinland-pfälzischen Polizeistruktur ist eine weitere wesentliche Veränderung beabsichtigt.

Die Landespolizeischule wird als Organisationseinheit der Hochschule der Polizei angegliedert; statusrechtlich und unter Gesichtspunkten des behördlichen Organisationsrechts wird die Landespolizeischule nicht mehr als eigenständige Einrichtung abgebildet. Damit entfällt die Differenzierung zwischen der Hochschule der Polizei und der Landespolizeischule, insbesondere bei der Zuweisung von Aufgaben und Personal. Die in Rheinland-Pfalz traditionell gewachsene Untergliederung in die für die Ausbildung der Polizeikommissar-Anwärterinnen und -Anwärter zuständige Hochschule der Polizei und die für die Fortbildung der Polizeibeamtinnen und -beamten zuständige Landespolizeischule wird entbehrlich.

Durch die Umstrukturierung der bisher eigenständigen Organisationen der Bereitschaftspolizei, des Wasserschutzpolizeiamtes und der Zentralstelle für Polizeitechnik sowie die Zusammenlegung der Landespolizeischule mit der Hochschule der Polizei wird die Struktur der rheinland-pfälzischen Polizei von bislang elf Behörden und Einrichtungen auf acht Behörden reduziert. Künftig werden sechs Polizeipräsidien, das Landeskriminalamt und die Hochschule der Polizei die polizeiliche Behördenstruktur abbilden.

Die Umstrukturierung wird den Aufbau der rheinland-pfälzischen Polizei nachhaltig optimieren und dabei auch weiterhin die größtmögliche Verfügbarkeit von Polizeibeamtinnen und -beamten gewährleisten. In qualitativer und quantitativer Hinsicht wird den Anforderungen an eine moderne Polizei entsprochen. Die Sicherheit der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger kann so zukünftig noch besser gewährleistet werden.

Das wesentliche Ziel der Umstrukturierung im Bereich der **Wasserschutzpolizei (WSP)** ist die Bildung leistungsstarker WSP-Stationen mit effektiver und effizienter Aufgabenwahrnehmung. Bereits in der Sitzung des Innenausschusses vom 3. November 2016 hatte ich den damaligen Planungsstand dargestellt.

Aufgrund der spezifischen Aufgabenwahrnehmung der WSP-Stationen sind die Belastungszahlen der polizeilichen Sachbearbeitung im Vergleich zu den Polizei- und Kriminalinspektionen im niedrigen Bereich angesiedelt.

Dabei variieren die Belastungen je nach Jahreszeit und Uhrzeit. So sind bei den Kleinstationen wie Bernkastel oder Cochem in den Abendstunden nur noch wenige und zwischen 00:00 und 08:00 Uhr nahezu keine polizeilichen Maßnahmen mehr erforderlich. Diese können durch eine Dienstverrichtung im Einzelfall oder von den nächstgrößeren Stationen wahrgenommen werden. Tätigkeitsschwerpunkte bilden überwachungspflichtige Veranstaltungen auf dem Wasser in den Monaten Mai bis Oktober.

Zur Durchführung von Schiffskontrollen sind unter dem Aspekt der Eigensicherung grundsätzlich Bootsbesatzungen mit einer Stärke von drei Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamten erforderlich.

Die Kleinstationen in Bernkastel mit sechs und Cochem mit sieben Außendienstbeamten können dem aufgrund der o.g. unterschiedlichen Belastungen variierenden Personalbedarf nicht immer bedarfsorientiert gerecht werden. Es bedarf vielmehr einer flexibleren Personalplanung. Das erforderliche Personal soll in ausreichender Anzahl dann zur Verfügung stehen, wenn es benötigt wird. Dies kann durch die nunmehr geplante Umstrukturierung gewährleistet werden.

Darüber hinaus können Leitungsaufgaben, Personalplanung und administrative Arbeiten wesentlich effektiver und effizienter von den benachbarten größeren WSP-Stationen in Trier und Koblenz mit einem größeren Personalkörper wahrgenommen werden. Sie tragen dafür Verantwortung, dass bei Bedarf, insbesondere im Sommerhalbjahr, drei Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamte für den Außendienst in Bernkastel und Cochem bereitgestellt werden.

Dabei wird wie bisher an den Standorten Bernkastel und Cochem ganzjährig ein Dienstboot mit EDV-Arbeitsplatz vorgehalten. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die bei den Außenstellen eingesetzt werden, verfügen zudem über einen Dienst-PKW vor Ort. Ihnen stehen auch Büroräume bei den Polizeiinspektionen Bernkastel-Kues und Cochem für die Erledigung schriftlicher Arbeiten zur Verfügung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Spinde und Sozialräume für den persönlichen Bedarf zu nutzen.

Das Ministerium des Innern und für Sport hat am 15. Februar 2017 im Zusammenhang mit der bevorstehenden Änderung der Verwaltungsvorschrift „Organisation des polizeilichen Einzeldienstes (OrgPol)“ eine Vorgriffsregelung für den Bereich des Wasserschutzpolizeiamtes erlassen. Auch der Hauptpersonalrat und der örtliche Personalrat des Wasserschutzpolizeiamtes haben dem Vorhaben zugestimmt. Demnach wird zum 1. Juni 2017 die Wasserschutzpolizeistation Cochem eine Außenstelle der Wasserschutzpolizeistation Koblenz und die Wasserschutzpolizeistation Bernkastel eine Außenstelle der Wasserschutzpolizeistation Trier. Die Grenze zwischen den beiden Dienstbezirken liegt bei Mosel-Kilometer 115,600.

Diese neue Dienstbezirksgrenze berücksichtigt eine gleichmäßige Aufteilung der Aufgaben insbesondere der reaktiven Einsätze auf dem Wasser. Ebenfalls befindet sich bei Mosel-Kilometer 115,600 die Grenze zwischen den beiden Wasserstraßen- und Schifffahrtsämtern Koblenz und Trier.

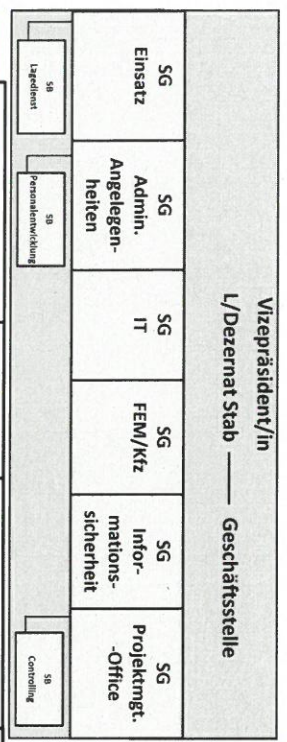
Die neue Aufteilung wurde einvernehmlich mit allen Stationsleitern der Mosel beschlossen.

Mit der Umstrukturierung werden leistungsstarke Wasserschutzpolizeistationen entstehen, die am tatsächlichen Bedarf orientiert, ausreichend Personal zur Verfügung stellen. Gleichzeitig erfolgt auch ein ressourcenschonender Umgang mit dem Personal und den Finanzen.

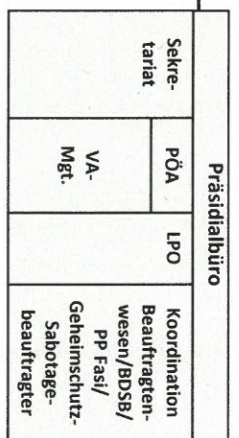
Die derzeitige Personalstärke im operativen Dienst wird beibehalten und die polizeiliche Präsenz zu den ereignisreichen Zeiten erhöht. Auch hinsichtlich eigensicherungs- und einsatztaktischer Erfordernisse können Polizeistreckenboote zukünftig durchgehend mit drei Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten besetzt werden; jeweils ein Bootsführer und zwei Kontrollbeamte.

Im Bereich Bingen/Rüdesheim dauern gegenwärtig die Kooperationsgespräche mit dem Land Hessen noch an. Ziel ist die Nutzung von Synergien im Personal- und Mitteleinsatz zur Verbesserung der wasserschutzpolizeilichen Betreuungssituation im Bereich der beiden Stationen. Unter Wahrung der Souveränität und der Kostenneutralität für beide Bundesländer würde eine Kooperation die gemeinsame Nutzung eines Dienstgebäudes am Standort Rüdesheim sowie eine gemeinsame Verwendung der Streifenboote beinhalten.

Ich bin mir sicher, dass mit dieser Strukturoptimierung im Bereich der Wasserschutzpolizei, bei gleichzeitiger Erhaltung der operativen Stärke und des spezifischen Fachverstandes mit speziell ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten, die Sicherheit auf den Wasserstraßen nachhaltig gewährleistet ist.



Präsident/in



Abteilung
 Bereitschafts-polizei

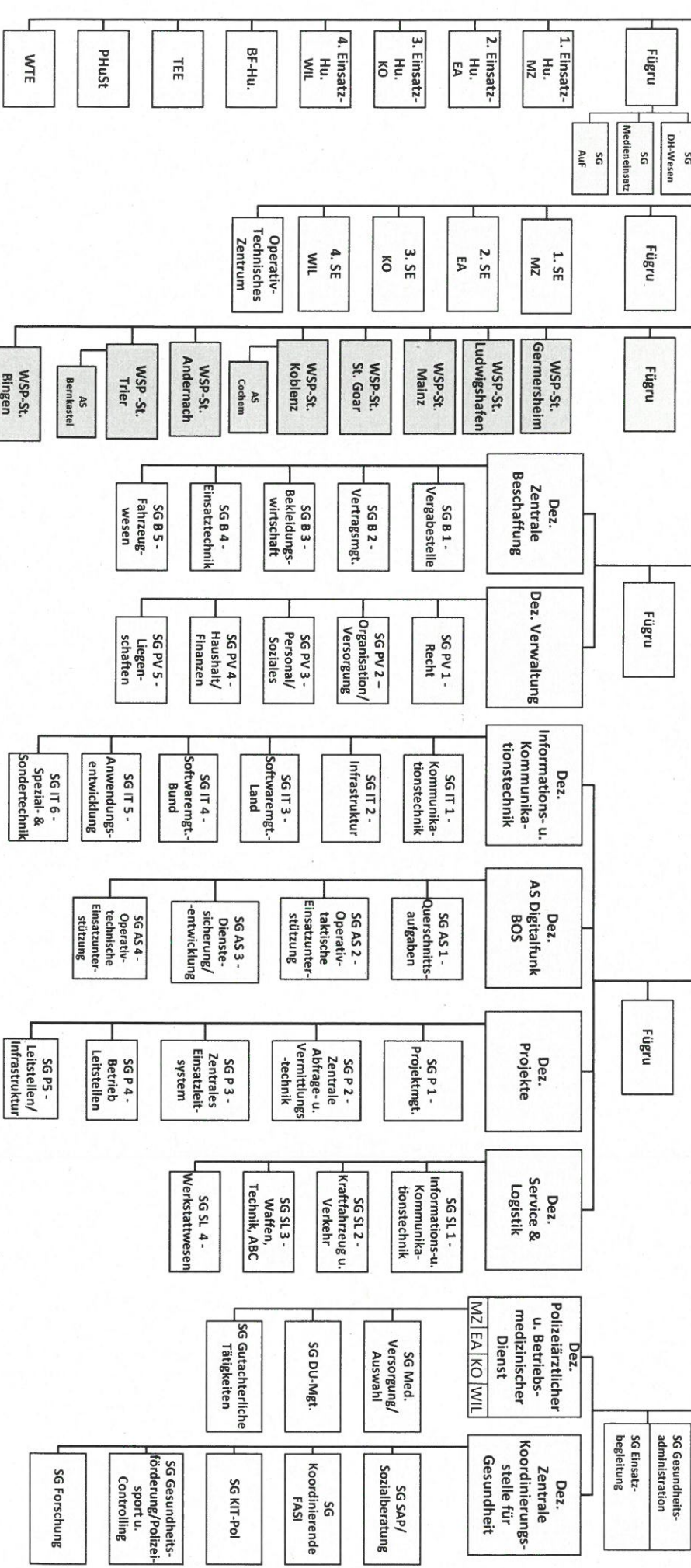
Abteilung
 Spezialeinheiten

Abteilung
 Wasserschutz-polizei

Abteilung
 Beschaffung/Verwaltung

Abteilung
 Zentrale Technik

Abteilung
 Zentrale Stelle für
 Gesundheitsmg.



ÖRTLICHE ZUSTÄNDIGKEITEN AN DER MOSEL



Rheinland-Pfalz
 MINISTERIUM DES INNEREN
 UND FÜR SPORT

